

## Der externe Standpunkt

## Es gibt kein Menschenrecht auf billige Energie

Wird Energie teurer, ist dies ein Anreiz, klima- und umweltschonend mit ihr umzugehen. Mit klugen Kompensationsmechanismen sind die höheren Energiekosten für alle tragbar, **schreibt Ion Karagounis**

**M**ehrkosten Energie von jährlich 6600 Franken pro Person! Nur noch Reiche können sich das Autofahren, eine genügend geheizte Wohnung oder ein Wochenende in Paris leisten.» So lauteten die Argumente gegen das Klimagesetz, über das wir vor zwei Wochen abgestimmt haben. Ganz ähnlich tönte es beim Energiegesetz im Jahr 2017 («3200 Franken mehr bezahlen und erst noch kalt duschen»). Das Klagegedicht hinter diesen an den Haaren herbeigezogenen Zahlen ist immer dasselbe: unbezahlbar! Derart hohe Kosten können dem Durchschnittsbürger nicht zugemutet werden. Wir haben es im letzten Herbst gehört, als die Preise wegen Knappheiten auf den Weltmärkten vorübergehend hochschnellten, und wir werden es erneut hören, wenn die eidgenössischen Räte wieder über die Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe oder über eine Flugticketabgabe debattieren werden.

Doch es gibt kein Menschenrecht auf billige Energie. Im Gegenteil: Aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes ist sie nach wie vor viel zu billig. Denn je weniger Energie und andere Ressourcen kosten, desto geringer ist der Anreiz, sie sparsam zu nutzen und in effizientere Lösungen zu investieren. Wer glaubt, man könne Energie und Ressourcen zum Discountpreis beziehen und gleichzeitig Klima und Umwelt schützen, irrt sich.

Bei aller Schaumschlägerei um die Energiepreise bleibt die Grundfrage berechtigt: Wer soll die Investitionen berappen, die beim Umbau zu einer klimaverträglichen und sicheren Energieversorgung entstehen? Welche Finanzierungsinstrumente führen am schnellsten zum Ziel?

Liberaler Politik mag marktwirtschaftliche Anreize bevorzugen – Abgaben auf Emissionen, Zertifikatehandel –, staatsnahe dagegen tendiert zu Subventionen. Doch viel zu diskutieren gibt es nicht mehr. Wir haben so lange zugewartet mit dem Umbau unserer Energieversorgung, dass es ohnehin beides braucht. Um allein mit Abgaben in nütz-

licher Frist von den fossilen Energien loszukommen, müssten sie viele hundert bis tausend Franken hoch sein pro Tonne CO<sub>2</sub> – was dann tatsächlich unverantwortlich viel wäre und die wirtschaftlichen Aktivitäten abwürgen würde.

Es braucht deshalb eine gezielte Unterstützung, vor allem bei der energetischen Sanierung von Häusern und beim Ersatz von fossilen Heizungen. Nicht jeder Eigenheimbesitzer hat die finanziellen Mittel, um von heute auf morgen mehrere Zehn- oder gar Hunderttausende Franken investieren zu können. Neben den klassischen Subventionen gibt es weitere Instrumente. Sie erleichtern das Investieren, nehmen aber gleichzeitig die Eigentümerinnen und Eigentümer in die Pflicht. Dazu zählt das vereinfachte Gewähren von Bürgschaften oder das Abweichen von den starren Tragbarkeitsregeln, die bei der Finanzierung von Hypotheken gelten. Investitionen in erneuerbare Energien könnten davon ausgenommen

werden, da dabei ein Mehrwert geschaffen wird. Wer nicht selbst investieren will oder kann, für den bieten sich Contracting-Lösungen an: Ein spezialisiertes Unternehmen wird Besitzer der Solaranlage oder der Heizung im Haus, und der Eigentümer bezahlt das Unternehmen für die Energie, die er von ihm bezieht.

Was aber soll passieren, wenn höhere Krankenkassenprämien, steigende Lebensmittelpreise und zunehmende Energiekosten immer stärker aufs Portemonnaie drücken? Die Energiekosten künstlich tief zu halten, ist aus Umweltsicht der falsche Weg. Hier ist die Steuerpolitik gefragt. Sie dient dazu, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich zu schaffen. Wenn langfristig immer mehr Menschen Mühe haben, ihren Grundbedarf zu finanzieren, müssen die Steuerfaktoren angepasst werden – indem Freibeträge erhöht oder Progressionsstufen angepasst werden. Denkbar sind zudem progressive Preissysteme für Energie und Wasser. Der Grundbedarf wird billig zur Verfügung gestellt. Wer mehr verbraucht, beim Wasser beispielsweise mehr als hundert Liter pro Tag, hat einen höheren Tarif zu bezahlen.

Wir Schweizer klagen liebend gerne über Kosten. Doch es gilt, die Relationen zu wahren: In den Jahren 2019 bis 2021 haben die Endverbraucher jeweils zwischen 22 und 28 Milliarden Franken für Energie bezahlt. Das entspricht gerade einmal 3,5 bis 3,9 Prozent des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2022 dürften die Kosten wesentlich höher gewesen sein, unterdessen sind sie aber wieder stark gesunken, teilweise auf das Ursprungsniveau. Somit spielen die Energiekosten für die meisten von uns eine untergeordnete Rolle. Und eines dürfen wir bei allem Lamentieren nicht vergessen: Mit dem, was wir bezahlen, lösen wir Investitionen aus. Investitionen in den Klimaschutz und in unsere Versorgungssicherheit. Beides wird uns in Zukunft zugutekommen.

## Ion Karagounis



Ion Karagounis, 59, ist beim WWF Schweiz verantwortlich für neue Wirtschaftsmodelle und Zukunftsfragen. Zudem schreibt er regelmässig zu Umweltthemen. Soeben ist sein Roman «Was wir hinterlassen» erschienen, in dem sich die Protagonisten über den richtigen Weg aus der Klimakrise streiten.